

WEITERDENKEN

Christoph Döbele

Perspektive Gerechtigkeit: eine Geschlechterfrage

Politische Einstellungen und Wahlverhalten von Frauen in Nordrhein-Westfalen

Eine Analyse von Kantar Public (Juni 2022) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro NRW

Frauen setzen bei vielen politischen Fragen andere Prioritäten als Männer. Für sie sind Themen wie eine gerechte Entlohnung und staatliche Steuerung im Bereich Wohnen und Gesundheit deutlich wichtiger. In der Politik stehen weniger Parteien und Personen, sondern die gesellschaftliche Auseinandersetzung von Gerechtigkeit und das Engagement eines starken Staates im Vordergrund.

Diese Einstellungen können zum Teil als Folge ihres häufig noch immer geringeren Einkommens und der größeren Sorge um ihren Beruf gesehen werden.

1. Unterschiede im Wahlverhalten

Um die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Frauen und Männern bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2022 besser erklären zu können, nehmen wir zunächst die politische Stimmung vor der Wahl im Bundesland in den Blick.

Schlechtere Einschätzung der Lage

Die Daten aus einer Befragung von Infratest dimap in der Woche vor der Wahl geben Aufschluss darüber, dass Frauen die wirtschaftliche Lage in Nordrhein-Westfalen im Vorfeld der Landtagswahl deutlich schlechter (43 % sehr gut/gut) bewerteten als Männer (58 % sehr gut/gut). Gleichzeitig geht es ihrer Einschätzung nach in Deutschland insgesamt eher ungerecht (47 %) als gerecht (42 %) zu – Männer sehen dies umgekehrt (41 % ungerecht und 53 % gerecht).

Diese schlechtere Einschätzung der aktuellen Lage durch Frauen passt zu den Befunden einer FES-Studie unter Wahlberechtigten



Christoph Döbele arbeitet als Senior Consultant in der Politikforschung bei Kantar Public. Auf Grundlage quantitativer und qualitativer Forschung berät er Kund_innen aus Politik, Gesellschaft und Medien zu relevanten politischen und gesellschaftlichen Fragen.

in NRW vom November 2021, in der Frauen auch ihre persönliche finanzielle Situation signifikant schlechter bewerteten als Männer und sich bei der Priorisierung verschiedener Wirtschaftsfragen verstärkt für höhere Löhne aussprachen (27 % vs. 22 % für Männer).

Verringerung des Gender Pay Gap ist Frauen wichtiger

Die sozioökonomische Situation von Frauen gestaltet sich damit in vielen Fällen noch immer schwieriger als bei Männern – man kann demzufolge annehmen, dass die Verringerung des in Deutschland nach wie vor bestehenden Gender Pay Gaps Frauen wichtiger ist als Männern. Auch an anderer Stelle wird dies deutlich: So finden fast vier Fünftel der befragten Frauen (79 %), dass der Gesetzgeber die Bezahlung nach Tarif besser durchsetzen sollte, gegenüber rund zwei Dritteln (68 %) der Männer.

Die Zuschreibung von Parteikompetenzen zeigt unmittelbar vor der Landtagswahl nur in Wirtschaftsfragen bedeutsame Unterschiede zwischen den Geschlechtern und lässt sich vor dem Hintergrund der eben dargelegten unterschiedlichen Wahrnehmung und Präferenzen gut interpretieren: So trauen Frauen der SPD in Wirtschaftsfragen mehr zu, ein Viertel (26 %) sieht sie als die Partei, die am ehesten wirtschaftliche Aufgaben lösen kann.

Unter Männern vertritt nur ein Fünftel diesen Standpunkt (21 %). Diese sehen die Wirtschaftskompetenz hingegen vermehrt bei der CDU (Frauen 30 %, Männer 37 %). Angesichts der unterschiedlichen politischen Forderungen der beiden Parteien in Wirtschaftsfragen scheint die differenzierte Wahrnehmung von Frauen und Männern durchaus plausibel.

Thema Entlohnung wirkt sich auch auf andere Politikbereiche aus

Beide Gruppen betrachten die allgemeinen Preissteigerungen in vergleichsweise hohem Maße als wahlentscheidendes Thema (19 % Frauen vs. 20 % Männer). Bei Frauen zählen zu den weite-

ren wichtigsten Themen für die eigene Wahlentscheidung Klima (17 %) sowie Energieversorgung (15 %) und Bildung (15 %). Für Männer sind es neben Preissteigerungen ebenfalls vor allem Energieversorgung (17 %) und Klima (15 %), Bildung ist für sie weniger wichtig für die Wahlentscheidung (10 %).

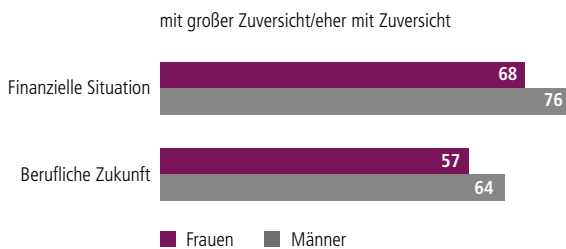
Das Thema Entlohnung wirkt sich auch auf andere Politikbereiche aus. Beim Thema Wohnen zeigen sich Frauen z. B. auch kostensensibler und haben den Schutz vor Verdrängung stärker im Blick. So sind Frauen in Nordrhein-Westfalen deutlich häufiger als Männer der Meinung, der Staat müsse über eine Mietpreisbindung in den Mietmarkt eingreifen (84 % vs. 69 %) und sprechen sich auch deutlicher für einen starken Mieterschutz aus (78 % vs. 70 % Männer).

Auch im Bereich Bildung zeigt sich die Frage der Entlohnung als zentral: So sind Frauen eher als Männer der Meinung, Grundschullehrer und Grundschullehrerinnen sollten genauso viel verdienen wie ihre Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien (76 % vs. 66 %) – möglicherweise auch weil dies ein eher von Frauen dominierter Beruf ist, der bislang geringer entlohnt wird.

Abb. 1

Blick auf die persönliche Zukunft

Angaben in Prozent



Frage 3: Wenn Sie an Ihre persönliche Zukunft denken: Sehen Sie dieser in den folgenden Bereichen mit großer Zuversicht, eher mit Zuversicht, eher mit Sorgen oder mit großen Sorgen entgegen?

Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in NRW ab 18 Jahren.

Weniger Zuversicht bei Bildungs-, Gesundheits- und Pflege-Themen

Ihr persönliches Leben betreffend sind Frauen ähnlich zufrieden wie Männer, haben jedoch teilweise andere Sorgen. Insbesondere ihrer beruflichen (57 %) und finanziellen Situation (68 %) sehen Frauen mit weniger Zuversicht entgegen als Männer (64 % und 75 %). Diese Sorgen nähren vermutlich die bereits beschriebene politische Priorisierung von Entlohnungsthemen durch Frauen.

Noch deutlicher tritt dieser Geschlechterunterschied bei der Zuversicht in politischen und gesellschaftlichen Bereichen zutage. So zeigen sich Frauen bei allen abgefragten Bereichen weniger zuversichtlich, insbesondere jedoch mit Blick auf die Entwicklung der Kriminalität (24 % vs. 35 % Männer), die wirtschaftliche Entwicklung in NRW (47 % vs. 56 % Männer), die Situation in KiTas und Schulen (19 % vs. 26 % Männer), die medizinische Versorgung in der Umgebung (62 % vs. 67 % Männer) sowie die Bezahlbarkeit von Pflege (9 % vs. 14 % Männer).

Neben diesen innenpolitischen Themen tritt mit dem Krieg gegen die Ukraine eine weitere Sorge hinzu, die bei Frauen stärker ausgeprägt ist als bei Männern – unter anderem machen sie sich deutlich häufiger Sorgen, in den Krieg mithineingezogen zu werden (69 %) als Männer (50 %).

Die inneren und äußeren Sicherheitsthemen könnten ein wichtiger Hinweis sein, warum gerade ältere Frauen ihr Kreuz verhältnismäßig oft bei der CDU gemacht haben.

Geringeres Interesse für Wüst und Kutschaty

Darüber hinaus fällt auf, dass sich Frauen bei bestimmten politischen Fragestellungen häufiger kein Urteil zutrauen und eher weiß nicht antworten als Männer, so z. B. bei der Frage nach der Zukunftsfähigkeit von Parteien (Frauen 14 % vs. Männer 6 %). Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Bewertung von Kandidat_innen und der Frage zur Direktwahl des Ministerpräsidenten. Während 13 Prozent der Frauen in der Woche vor der Wahl angibt, Hendrik Wüst nicht zu kennen oder seine Arbeit nicht einschätzen zu können, bekunden dies nur 8 Prozent der Männer.

Auch für den SPD-Herausforderer Thomas Kutschaty zeigt sich das gleiche Bild, nur auf einem höheren Niveau (Frauen: 26 % kenne ich nicht vs. Männer: 18 %). Auffällig ist, dass es bei der Bekanntheit der einzigen weiblichen Spitzenkandidatin (der Grünen Mona Neubaur) keine höhere Bekanntheit unter Männern gibt (jeweils 44% kennen sie nicht).

Bettina Westle untersuchte diese empirisch immer wieder auftretenden Differenzen der subjektiven politischen Involvierung und konnte einen Teil dieser Unterschiede auf geringere Ressourcen zurückführen. Doch auch wenn andere Faktoren konstant sind, trauen sich Frauen seltener ein politisches Urteil zu als Männer. Gesine Fuchs benennt hier „internalisierte Geschlechterrollenorientierungen“ als mögliche Ursache (siehe Hinweise und Literatur).

2. Aktueller Hintergrund

Genderspezifisches Wahlverhalten bei der Landtagswahl NRW 2022

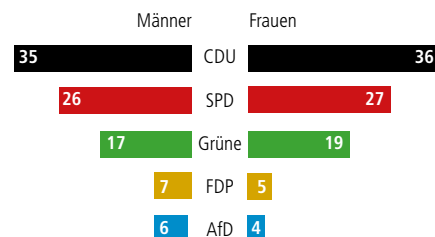
Aus der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2022 gingen CDU (35,7 %, +2,7) und Grüne (18,2 %, +11,8) als klare Wahlsieger hervor und bilden gemeinsam auch die neue Regierungskoalition. SPD (26,7 %, -4,5) und FDP (5,9 %, -6,7) hingegen mussten deutlich Stimmen einbüßen, genau wie die politischen Ränder mit AfD (5,4 %, -2,0) und die Linke (2,1 %, -2,8), wobei die Linke klar an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte.

Beim Blick auf das Wahlverhalten nach Geschlecht zeigen sich zunächst nur geringe Unterschiede. Frauen wählten weniger häufig FDP und AfD als Männer (jeweils -2 Prozentpunkte), sie tendierten stattdessen eher den Grünen (+2 Prozentpunkte) und in sehr geringem Maße auch eher der CDU und SPD zu (jeweils +1 Prozentpunkt).

Abb. 2

Wahlverhalten von Frauen und Männern (Zweitstimme)

Angaben in Prozent



Geschlechtsunterschiede insbesondere in jungen Altersgruppen

Beim Blick auf verschiedene Altersgruppen werden die Unterschiede deutlicher: Zum einen zeigen sich bei beiden Geschlechtern ähnliche Alterseffekte, d.h. junge Wähler_innen neigten häufiger Grünen und FDP zu, ältere Wähler_innen machten ihr Kreuz dagegen verstärkt bei CDU und SPD. Gleichzeitig gibt es innerhalb der Altersgruppen jedoch signifikante Geschlechtsunterschiede. Dies trifft zum einen für die Gruppe ab 70 Jahren zu, in der 53 Prozent der Frauen und 47 Prozent der Männer für die CDU votierten.

Noch stärkere Effekte zeichnen sich bei jüngeren Wählerinnen und Wählern ab: Während nur 9 Prozent der Jungwählerinnen von 18–24 Jahren der FDP ihre Stimme gaben, wählten 18 Prozent der Jungwähler diese Partei. Auch noch in der Altersgruppe von 25–34 Jahren zeigt sich dieses Bild für die FDP, wenn auch bereits in abgeschwächter Form (Frauen: 8 % vs. Männer: 12 %) – mit zunehmendem Alter nimmt dieser Effekt weiter ab.

Für die Wahl der Grünen zeigt sich ein gegenteiliges Bild: Während ein Drittel der jungen Frauen von 18–24 die Grünen gewählt hat (33 %), traf dies nur auf ein gutes Fünftel der gleichaltrigen Männer zu (22 %). Auch bei den 25–34 ist noch ein deutlicher Unterschied bei der Grünen-Wahl erkennbar (Frauen: 29 % vs. Männer: 21 %) – auch hier löst sich der Effekt mit zunehmendem Alter auf.

Für die Wahl der AfD zeigen sich ebenfalls geschlechtsspezifische Unterschiede nach Altersgruppen: Während diese in jüngeren Altersgruppen +/- 3 Prozentpunkte betragen – was in der jüngsten Gruppe von 18–24 Jahren einer Verdoppelung entspricht (Frauen: 3 % vs. Männer: 6 %) – lag der Unterschied in der höchsten Altersgruppe nur noch bei 1 Prozentpunkt.

Grüne stark bei hoch gebildeten Frauen

Unter Berücksichtigung der Merkmalskombination Geschlecht und formale Bildung zeigen sich mehrere Effekte: Erstens wählten 43 Prozent der Frauen mit niedriger Bildung die CDU, unter Männern mit niedriger Bildung waren es lediglich 39 Prozent. Bei formal hoher Bildung kehrt sich dieser Trend in der Tendenz um (Frauen 30 % vs. Männer 32 %). Der größte Unterschied mit 5 Prozentpunkten ist bei der Grünen-Wahl von hoch Gebildeten erkennbar: Hoch gebildete Frauen unterstützten die Grünen spürbar stärker (28 %) als hoch gebildete Männer (23 %).

Die AfD mobilisierte Frauen, unabhängig des formalen Bildungsniveaus, grundsätzlich weniger als Männer. Bei der FDP ist unter den formal höher Gebildeten nicht nur das Zustimmungsniveau insgesamt am höchsten, sondern auch die absolute Differenz zwischen Frauen (6 %) und Männern (9 %).

3. Historischer Hintergrund

Anderes Wahlverhalten aufgrund unterschiedlicher Werthaltungen

Potenzielle Unterschiede im Wahlverhalten von Frauen und Männern sind seit langem Teil der wissenschaftlichen Debatten der Wahl- und Einstellungsforschung. Während es in früheren Jahrzehnten größere Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den Geschlechtern gab, scheinen sich diese seit einiger Zeit immer weiter anzugleichen.

Historisch betrachtet wurden Unterschiede lange ausschließlich mit gesellschaftlichen Konfliktlinien und Differenzen in der persönlichen sozioökonomischen Lage begründet. Aufgrund der zunehmenden Angleichung der Lebensbedingungen und sozioökonomischen Verhältnisse zwischen Frauen und Männern werden Unterschiede im Wahlverhalten inzwischen auch mit unterschiedlichen Werthaltungen erklärt. Dennoch sehen wir – wie bereits dargelegt – auch aktuell sozioökonomisch begründete Einstellungsunterschiede zwischen Frauen und Männern.

50er Jahre: Bevorzugt Konservative

Ein Blick in die Historie der Bundesrepublik zeigt, dass Frauen in den Anfangsjahren parteipolitisch konservativer gewählt haben als Männer. Begründet wird dies häufig damit, dass Frauen damals weniger berufstätig waren und sich stärker um die Familie kümmerten, die von einem konservative(re)n und häufig religiösen Bild geprägt war. Männer hingegen waren durch ihren Beruf häufiger in Arbeitermilieus beheimatet und hatten dadurch auch mehr Kontakt zu Gewerkschaften.











































70er Jahre: Geschlechterrollen brechen auf

Mit dem Aufbrechen konservativer Geschlechterrollen und traditioneller Werte veränderte sich im Laufe der 1970er und 1980er Jahre auch der sogenannte Gender Gap im Wahlverhalten. Die Unionsparteien wurden fortin von beiden Geschlechtern in etwa gleich starkem Umfang gewählt.

Abb. 3

Wahlverhalten von Frauen und Männern nach formaler Bildung (Zweitstimme)

Angaben in Prozent

	Niedrige Bildung		Mittlere Bildung		Hohe Bildung	
CDU	 43	39 	 41	38 	 30	32 
SPD	 38	37 	 28	28 	 22	21 
Grüne	 8	7 	 13	11 	 28	23 
FDP	 3	3 	 4	6 	 6	9 
AfD	 5	8 	 6	9 	 3	5 
Linke	 1	2 	 2	2 	 3	3 
Sonstige	 1	4 	 5	7 	 7	7 

Außerdem unterstützten Frauen seitdem stärker mitte-links Parteien, insbesondere die SPD und die Grünen, was neben der Wertetransformation auch mit deren politischen Positionen zur Stärkung von Berufsgruppen mit niedrigen Einkommen zu tun hatte.

Die FDP und die Linke erhielten über die Zeit hinweg weniger Zuspruch von Frauen. Eine stärkere Zuwendung zu den Unionsparteien ist für Frauen erst bei den Bundestagswahlen von 2009 bis 2017 wieder erkennbar und könnte mit der Unterstützung der ersten Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammenhängen.

AfD schreckt Wählerinnen öfter ab

Die AfD wird seit ihrer Gründung deutlich weniger von Frauen als von Männern gewählt. Die Forschung gibt als mögliche Gründe hierfür u. a. eine abschreckende Wirkung der Partei aufgrund ihres vergleichsweise aggressiven Images an. Außerdem würden Frauen stärker vor einer möglichen gesellschaftlichen Stigmatisierung aufgrund der Wahl dieser Partei zurückschrecken.

Junge Frauen wählen öfter, ältere seltener

Ein früherer Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen den Geschlechtern ist auf Gesamtniveau – ceteris paribus – inzwischen nicht mehr erkennbar. In der Kombination mit anderen Faktoren wie z. B. formaler Bildung oder dem sozioökonomischen Status offenbaren sich aber nach wie vor Unterschiede in der Mobilisierung.

Bei der Wahlbeteiligung gibt es einige generelle Muster, die über Zeit und Bundesländer hinweg sehr stabil sind. Hierzu gehört z. B. eine tendenziell höhere Wahlbeteiligung junger Frauen im Vergleich zu jungen Männern. Im Gegenzug ist die Wahlbeteiligung bei Frauen über 70 Jahren deutlich niedriger als die von gleichaltrigen Männern.

Aussagen zur offiziellen Wahlbeteiligung von Frauen und Männern bei der Landtagswahl Nordrhein-Westfalen sind zum aktuellen Zeitpunkt (Juni 2022) noch nicht möglich, da die repräsentative Wahlstatistik noch nicht veröffentlicht ist.

HINWEISE UND LITERATUR

- Bisherige Untersuchungen lassen Menschen, die sich keiner der beiden Kategorien Frau/Mann zuordnen außer Betracht. Da bislang auch in der amtlichen Statistik und der repräsentativen Wahlforschung nur mit zwei Geschlechtskategorien gearbeitet wird, kann auch dieser Beitrag nur Aussagen für Frauen und Männer treffen.
- ARD | infratest dimap Exit Poll zur Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2022.
- ARD | infratest dimap Vorwahlbefragung zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2022
- Beerheide, Rebecca (2017): Wählen Frauen anders? In: Rohner, Isabel; Beerheide, Rebecca: 100 Jahre Frauenwahlrecht, Ziel erreicht!... und weiter?, Sulzbach, Taunus, S.54–55.
- Bieber, Ina (2011): Der weibliche Blick: Verhalten sich Frauen in der Politik anders? In: Bytzek, Evelyn; Roßteutscher, Sigrid (Hg.): Der unbekanntere Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen, Frankfurt am Main 2011, S. 254–273. Bieber fand anhand einer Untersuchung zur Bundestagswahl 2009 heraus, dass es in der Regel keine „typische[n] Frauen- bzw. Männerthemen“ gibt, die einen entsprechenden Einfluss auf das Wahlverhalten haben.
- Debus, Marc (2016): Weder ein „modern gender gap“ noch „same gender voting“ in Deutschland? Zum Einfluss des Geschlechts auf das individuelle Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen zwischen 1998 und 2013. In: Harald Schoen; Bernhard Weßels: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2016, S. 271–293.

- Der Bundeswahlleiter (2022): Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen. Informationen des Bundeswahlleiters, Heft 4, S. 13, S.11–12.
- Döbele, Christoph; Zerweck, Xenia (2022): Zwischen den Zeiten. Einstellungen zu Politik und Gesellschaft in NRW. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Fuchs, Gesine (2018): Wählen Frauen anders als Männer? In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 68 (42), S. 6–7, S. 4, S. 5.
- Inglehart, Ronald; Norris, Pippa (2000): The Developmental Theory of the Gender Gap: Women's and Men's Voting Behavior in Global Perspective. In: International Political Science Review 4/2000, S. 441–463.
- Westle, Bettina (2001): Politische Partizipation und Geschlecht. In: Koch, Achim et al. (Hg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen, S.131–168.
- Westle, Bettina (2009): Die unpolitische Frau – Ein Methodenartefakt der Umfrageforschung? In: Kaspar, Hanna et. Al (Hg): Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag, Wiesbaden, S. 179–201.

In der Reihe „Weiterdenken“ sind bereits erschienen:

- C. Krell: Aufstieg ist möglich! – Ist Aufstieg möglich? 2019/1.
- B. Küpper: Einwanderungspolitik für die pragmatische Mitte. 2019/2.
- A. Karačić: Sozialer Fortschritt durch technische Innovation? 2019/3.
- S. Rammler, I. Kollosche, A. Breitreuz: Mobilität für alle. 2019/4.
- F. Decker: Vertrauen und Demokratiezufriedenheit an Rhein und Ruhr. 2019/5.
- G. Bellenberg: Gleiche Bildungschancen für alle! 2020/1.
- M. Florack: Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenhalt. 2020/2.
- C. Tribowski: Sozial und Ökologisch! Nachhaltig Leben in NRW. 2021/1.
- C. Werkmann, L. Wolfs: Corona als Brennglas. 2021/2.
- A. Sobieraj: Die Gesellschaft, in der ich leben möchte. 2021/3.
- M. Roos, U.Paetzel, A.Knickmeier: Gemeinsam besser ans Ziel. Wie Genossenschaften die Mobilitätswende voranbringen könnten. 2021/4.
- G.A. Horn: Vor großen Herausforderungen Eine neue Industriepolitik für NRW 2021/5.
- M. Hennicke: Ungleiches Nordrhein-Westfalen. Gleichwertige Lebensverhältnisse und zukünftige Transformationsprozesse in NRW. Was jetzt zutun ist. 2021/6.
- T. Heilmann/A. Kümmerling/T. Rinke: Homeoffice und mobile Arbeit – Potenziale und Handlungsbedarfe. 2021/7.
- L. Ickstadt, R. Faus: Leben in der Pandemie, Ergebnisse aus quantitativer Forschung in Nordrhein-Westfalen während der Corona-Pandemie. 2021/8.
- G.R. Wollinger, St. Kersting: Zukunftsweisende Sicherheitspolitik in NRW. 2022/1.
- T. Wind: „Und dann will man nicht ständig jeden Cent umdrehen müssen...“. 2022/2.
- J. Faus/S. Storks/S. Alin, pollytix: „Alles kostet Geld, aber man kann nicht alles mit Geld richten“. 2022/3.
- J. Siebert: Die Übergangenen: Strukturschwach & erfahrungsstark. 2022/4

Abrufbar unter: www.fes.de/landesbuero-nrw

Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung | **Herausgeber:** Landesbüro NRW, Petra Wilke (V. i. S. d. P.), Godesberger Allee 149, 53175 Bonn | Tel.: 0228 883-7202 | Fax: 0228 883-9208 | landesbuero-nrw@fes.de | www.fes.de/landesbuero-nrw | www.facebook.com/FESNRW | twitter.com/FESNRW | ISBN: 978-3-98628-138-0 | **Gestaltung:** pellens.de | **Druck:** Friedrich-Ebert-Stiftung | **Fotos:** FES; NRW-Fahne: Yul/fotolia.com; Skyline: Hans-Jürgen Landes; shamm, Tobias Arhelger, Henrik Dolle, photofranz56, elxeneize/fotolia.com; Beeldbewerking, AndresGarciaM/istockphoto.com; birdys/photocase.de; Lokilech, Thomas Wolf/Commons wikimedia.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autor_innen in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

